

Europa - Wer ist das Volk?

Alfred Grosser

Der Philosoph Jürgen Habermas fordert nach dem Nein der Iren ein europäisches Referendum. Er überschätzt die Weisheit der vielen und unterschätzt das bisher Geleistete, kontert Alfred Grosser. [Die Vielen und die Wenigen: der Ur-Gegensatz moderner Demokratie: Regierende und Regierte, obwohl doch das Volk als Regent behauptet wird. Aber das Volk kann unmöglich als Volk regieren, und daher die vermeintliche Notlösung, Regierungen und Parlamente als Repräsentanten einspringen und bei gegebenen Wahlen über die Klinge springen zu lassen. Wessen Leistung ist nun das bisher in und für Europa Geleistete? Welchen Anteil haben die politischen Eliten, welchen Anteil haben die Völker und Nationen am europäischen Vereinigungsprozeß?]

Die irische Volksbefragung wirft Fragen auf. Nicht so sehr nach den Umständen des Neins: Ging es der Wirtschaft schlechter als kurz vorher, als noch die europäische Unterstützung Irland so stark geholfen hat? Hat die Werbung für das Nein viel Geld von den konservativen und antieuropäischen irischstämmigen Amerikanern erhalten? Nein, es geht eher um die Kommentare zum Thema: „Das geschieht, wenn man das ‚Wir sind das Volk‘ nicht genügend berücksichtigt und einen undemokratisch erarbeiteten und dazu noch unverständlichen Text vorlegt!“ Auch der Philosoph Jürgen Habermas zweifelte jüngst an der demokratischen Praxis in der EU. Er hat vorgeschlagen, die Europawahlen im nächsten Jahr mit einem europäischen Referendum zu verbinden. [Das Argument der „Unverständlichkeit“ ist problematisch: denn wer, welcher Demagoge, welches Massenblatt, welche Journaille könnte oder sollte festlegen, wie „einfach“ Verträge zwischen Nationen bzw. deren Regierungen sein sollen, sein können? Die Tautologie „Wir sind das Volk“ verschweigt, daß ein Volk ohne Volksführung, um die alten Begriffe hervorzukramen, kein Volk, sondern nichts als ein anarchischer Haufen ist.

Sollte vielleicht über die Verständlichkeit oder Unverständlichkeit eines Vertragstextes abgestimmt werden? Oder besser noch: sollte bei Vertragsabfassung sogleich über jeden Satz abgestimmt werden; oder wenn dies doch nicht möglich sein sollte: sollte über jeden Satz eines vorliegenden Vertragstextes abgestimmt werden? Mit dem „Abstimmen“ scheint irgendetwas nicht zu stimmen, es scheint nicht jener „demokratische Hoheitsakt“ zu sein, den Demagogen und Massenzeitungen in ihm erblicken oder dem Volk einreden, erblickt zu haben. – Wie stellt man sich einen „demokratisch erarbeiteten“ Vertragstext vor?]

Die erste Gegenfrage wäre: „Wer ist denn das Volk innerhalb der Union?“ In den gültigen Texten heißt es: „Es wird eine Unionsbürgerschaft eingeführt. Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates besitzt. Die Unionsbürgerschaft ergänzt die nationale Staatsbürgerschaft, ersetzt sie aber nicht. Die Unionsbürger haben die in diesem Vertrag vorgesehenen Rechte und Pflichten.“ [Wer führt die Unionsbürgerschaft ein, wenn doch allein der Souverän einführende Macht sein darf, - nach demagogischem Verständnis von Demokratie. Aber gab es nicht Mehrheiten bei den Referenden zur EU, als etwa auch die Österreicher und Österreicherinnen gefragt wurden, ob sie dabei sein möchten. Eine knappe Mehrheit entschied bekanntlich mit Ja, und seither zwingen sie der anderen Hälfte des Volkes ihren Willen auf. Offensichtlich ist das dogmatische Verständnis von Mehrheitsdemokratie die Crux des Populismus.]

Da niemals mit hundertprozentiger Mehrheiten kann gerechnet werden, muß die einfache oder die „berühmte“ Zweidrittelmehrheit für die Totalität entscheiden. Der Demokrat ist ein gemäßigter, ein begrenzter Diktator. Daß aber zugestimmt wurde, kann nur daran gelegen haben, daß die besagte Mehrheit mit den neuen Rechten (aber auch Pflichten) einverstanden war; und sie war einverstanden, darf vermutet werden, weil das Neue als Bereicherung und Erweiterung gedeutet wurde. – Indes heute beispielsweise in Österreich die Gegenmeinung zu regieren scheint: alles umsonst, alles vergeblich, alles verdorben. Oder doch nicht? Handelt es sich vielleicht nur um Rhetorik, um sich „in Brüssel“ noch mehr an neuen Rechten bei weniger Pflichten herauszuschlagen?]

Ein kleiner Teil der Unionsbürger hat für alle entschieden. Das bedeutet nicht, dass nationale Volksentscheidungen illegitim wären. [Wenige entscheiden für viele, und dies bereits auf der Ebene der Wahl, also jener Prozedurinstitution, die nach dem demagogischen und populistischen Willen der „allein“ bestimmende Akt der Entscheidungsfindung sein soll. – Merkwürdig dieses Moment des „Entscheidens“: es muß permanent entschieden werden: nach welchen Gesetzen und Regeln bestimmte Inhalte sollen behandelt werden. Offensichtlich ist die Demokratie (aber auch jede andere Staats- und Stammesform) ein Handlungskollektiv; daher auch ein Denkkollektiv, ein Meinungskollektiv, ein Rede-Kollektiv. Und weil in der Identität eines Ganzen soll und muß gehandelt und gedacht, gewollt und gemeint werden, muß das Ganze in seiner (partiellen) Allheit befragt werden darüber, an welchen Inhalten es sich zu welcher konkreten Allgemeinheit (mit Gesetzen und Regeln, die dann für alle gelten) bestimmen will. - Demokratie ist zunächst Induktion, dann Deduktion. Aber gilt dies auch für den Anfang derselben? Keineswegs, denn am Anfang steht ein Drittes: Revolution (oder deren Nachlieferung), und diese ist eine genetische Einheit von Induktion (Analysis) und Deduktion (Synthesis). Es ist daher die Genese der Geschichte, aus und in welcher jene Revolutionen (der Freiheit) hervorgehen, die den Boden für die Begründung neuer Freiheitswelten schaffen.]

In Frankreich wurde die Aufnahme Irlands, zusammen mit der Großbritanniens und Dänemarks am 23. April 1972 durch ein von Präsident Georges Pompidou veranlasstes Referendum genehmigt. Allerdings ohne großes öffentliches Interesse: 68 Prozent sagten Ja – aber nur 60 Prozent der Bürger waren zu den Urnen gegangen. [Also haben 60 Prozent für 100 Prozent gestimmt, 60 haben 100 „repräsentiert“. Aber zuvor schon: wodurch wurde der politische (Partei)Repräsentant eigentlich angehalten, ein Referendum zu veranlassen? Müßten - nach strengem basisdemokratischen Verständnis von Demokratie - nicht auch alle Veranlassungen zu neuen Inhalten und neuen Entscheidungen strikte vom Volk ausgehen?

Aber weil es dazu keine Wahl geben kann, kein Wählen, weil in dieser Phase der Entscheidungsfindung überhaupt erst herauszufinden ist, was bewählt werden soll, muß hier die sogenannte direkte Beeinflussung des Volkes einspringen, es müssen – beispielsweise – Volksbegehren und Ähnliches in Gang gebracht werden. Immer geht es also darum, daß aus der Geschichte, die sich gleichsam in jedem Augenblick ändert, neue Herausforderungen auftauchen, über deren Bewältigung je neu muß entschieden werden. Und auch die Begründung der EU scheint ein solches Verursachen zum Vater ihrer Dinge gehabt zu haben.]

Hoch ging es am 20. September 1992 her, als François Mitterrand, nach energischem Einsatz, 51,04 Prozent der Stimmen für den Maastricht-Vertrag eroberte. Damals antworteten die Franzosen tatsächlich auf die gestellte Frage. Aber oft hat die „direkte Demokratie“ den Nachteil, dass es politisch um etwas anderes geht als auf dem Papier steht. In diesem September wird die Verfassung der Fünften Republik 50 Jahre alt. Wer hatte überhaupt den langen Text der Verfassung gelesen, als die mit 79,2 Prozent Jastimmen angenommen wurde? Doch darum ging es auch nicht. Die Bürger wollten de Gaulle das Vertrauen aussprechen, sie wollten mit ihrem Ja zur Verfassung signalisieren, dass sie ihm eine Lösung für das Algerienproblem zutrauten. [Dies also das Hauptproblem der direkten Demokratie: sie ist nicht so „objektiv“, wie deren Verfechter wännen, sie ist stets (auch nur) ein Ausdruck eines bestimmten Meinens und Wollens, es ist keineswegs die „reine“ oder gar die „beste“ Wahrheit für das Ganze eines Volkes, eines Staates. Doch diesem Irrglauben: die Stimme des Volkes sei die Stimme Gottes, hängen Demagogen und Populisten an, weil sie Teil dieses Irrglaubens, gleichsam der (ver)führende und bewusste Teil dieses Irrglaubens sind. Der gegenteilige Irrglauben war bekanntlich, daß der Fürst oder eine Dynastie, der Adelige oder sonst eine oligarchische Elite die „reine“ und „beste“ Wahrheit für das große Ganze sei.

Grosser erinnert sehr schön an die Wahlbegründung der Fünften Republik: man wählte, was der Vordenker und Repräsentant vorgewählt und als Wahlobjekt vorgeschlagen hatte. Also wird ihm das Vertrauen ausgesprochen, die richtige Wahl(möglichkeit) vorgegeben zu haben. Es ging also wohl auch um den Vertrag, doch nicht in erster Linie, schon weil kaum jemand in der Menge des „Souveräns“ Verträge zu lesen pflegt, ehe

er über Verträge entscheidet. Dies wirft ein Licht auf das Problem „Demokratie“: es herrscht das Volk, aber die über das Volk Regierenden sind desselben Volkes Köpfe, der konzentrierte Wille aller.

Doch ändern sich die Inhalte („Herausforderungen“), und dies ist das eigentliche Problem von Demokratie, und noch mehr von Demokratie-Unionen. Auch sind die Inhalte, über die gewählt wird, stets und oft mit anderen Inhalten, über die gar nicht gewählt wird, untrennbar verbunden, siehe die Algerienfrage. Und an dieser formalen Verbindung hat sich bis heute nichts geändert, im Gegenteil. Gerade die EU-Inhalte sind ein Tummelplatz geworden, auf dem Parteien und Demagogen ihre innenpolitischen und regionalen Gefechte austragen.]

Wenn der damalige Präsident Jacques Chirac vor dem Europareferendum im Mai 2005 gesagt hätte: „Nach der Abstimmung gehe ich auf jeden Fall – bei Nein bin ich desavouiert, bei Ja habe ich meine europäische Pflicht schön erfüllt“, dann hätte das Ja klar gewonnen. Hätte er gesagt: „Bei Ja bleibe ich, bei Nein gehe ich“, dann hätte das Nein noch viel, viel klarer gesiegt: Es war auch ein Referendum, durch das man seinen Unmut gegenüber Chirac zum Ausdruck brachte. [Quod erat demonstrandum.. Ein Politiker, besonders einer, der lange im Amt war, ist stets auch ein Inhalt, über den mitentschieden wird, wenn über einen bestimmten aktuellen Inhalt abgestimmt wird. Grosser kennt seine französischen Pappenheimer.]

Gewiss, es gibt schöne Beispiele von demokratischen Volksentscheiden in der Schweiz oder in Kalifornien. Dennoch bleiben – das sollte parlamentarischen Demokratien wie Deutschland zur Genugtuung verhelfen – wichtige Fragen unbeantwortet: Wer entscheidet über den Umfang des zur Entscheidung berechtigten Volkes? [Auch eine wichtige Frage; sie verweist darauf, daß die Demokratie nicht über sich als Demokratie, nicht über ihre Grenzen wählen kann; und dennoch geschieht und geschah eben dies im Falle der Unionsgründung von EU. Eine Unmöglichkeit wird möglich: dies verweist darauf, daß ein enormer historischer Grund, eine enorme geschichtliche Bewegung, ein gewaltiger „Druck“, den die Lavaströme der Geschichte verursachten, bewirkende Ursache war. Über den Umfang und über den Inhalt der Entscheidungen, über deren Ersterfindungen und Erstsetzungen, wird eben gerade nicht entschieden, - regionale Problemfragen ausgenommen. Das demokratische Entscheidungsprocedere: Definition von Inhalten und Populationen, sodann Wahlen darüber, dann Gesetze und Regeln daraus folgernd, erfolgt stets im Feld jener Macht, die alle diese Prozeduren übergreift und durchdringt: Geschichte der Menschheit.]

Darf Katalonien, darf Schottland seine Unabhängigkeit allein bestimmen? Wie steht es mit Kosovo? Warum durfte Frankreich die Insel Mayotte als französisch behalten, nachdem diese Teilbevölkerung der Komoren gegen die Mehrheit der Inselgruppe die Unabhängigkeit abgelehnt hatte? [Einige

demonstrative Beispiele zum Verhältnis von Geschichte und Staatenbildung, von „allgemeiner Entwicklung“ und direkter oder repräsentativer demokratischer Willens- und Entscheidungsfindung. Es war der Ernichtungskrieg, den die Serben im Kosovo geführt, der dazu führte, daß der Kosovo als unabhängige Demokratie begründet wurde. Es sind ganz andere Prozesse, die zur Integration Schottlands in das großbritannische Imperium führten; wieder andere wären es, die Schottland zu einem autonomen Teilnehmer in der EU oder außerhalb dieser machten. – Wer bestimmt über die Anfänge von Neu-Zuständen, Verfassungen etc.? – Niemals das Volk als wählendes; und dies gilt auch für den EU-Pakt in seinen Anfängen: es wurde dem Volk von Eliten „gut“ zugeredet, daß es gut wäre, beizutreten.]

Auf welcher Ebene darf ein Projekt abgelehnt werden, das für eine größere Gemeinschaft als die lokal betroffene von Nutzen ist? Eine Brücke in Dresden, eine Startbahn in Frankfurt sind nur kleine Beispiele. Das „Volk“ der Gemeinde, das über die Einrichtung eines neuen Altersheims für Alzheimer-Kranke oder über ein neues psychiatrisches Krankenhaus entscheidet, wird seine Stimme nach dem ironischen Prinzip „Nimby“ (not in my backyard, nicht in meinem Hinterhof) abgeben, was dann zu „Banana“ führt (build absolutely nothing anywhere nor anytime, nichts, nirgends, nie). [Grosser bringt die Dinge auf ihren dramatischen Punkt: es herrscht eine Asymmetrie nicht nur in den Objekten (deren Reichweite und Wichtigkeit ist für die Subjekte different definiert); es herrscht (daher) auch Asymmetrie in den Subjekten bis hin zu jenen Nimby-Subjekten, die eigentlich nicht in ihrer Demokratie, sondern in ihrem „Banana“ leben oder doch leben möchten. – Andere Beispiele: in welchen Orten sollen Asylantenheime errichtet und betrieben werden, wo sollen Atomendmülllager erbaut werden?]

Welch' Glück, dass nicht jedes zu Recht komplizierte Gesetz einem Volksentscheid ausgeliefert wird! Wie schade, dass ein Text, dessen Inhalt die demokratische Grundlage der Europäischen Union erweiterte und der einen zwischen 27 Staaten ausgehandelten, einstimmig angenommenen Kompromiss darstellte, durch ein Referendum in einem der 27 Mitgliedsstaaten abgelehnt werden konnte! [Allerdings: nur eine Art „Schande“, keine große Schande, weil Fehlentscheidungen auf der Ebene von Verträgen stets wieder korrigiert werden können und müssen. Freilich haben noch nicht alle 27 Staaten wirklich zugestimmt, wie Grosser hier unterstellt. Dennoch ist die Beobachtung richtig: die Repräsentanten einigen sich auf ein für das Ganze zweckdienliches Vertragswerk, und ein Land, in dem die Demagogen mit sophistischen Argumenten auf Anti-EU-Kurs steuern, um ihr innenpolitisches Machtscherflein ins Trockene zu bringen, „vernichtet“ das Vertragswerk.]

Allerdings stimmt die Annahme, dass ein Referendum in Deutschland oder in Frankreich, vielleicht auch in Großbritannien und in Polen, nicht anders ausgegangen wäre als in Irland. Hauptgrund: Es fehlt ein Gefühl der

europäischen Identität, einer Europabürgerschaft. [Auch dieser Inhalt: „europäische Identität“ ist offensichtlich etwas, das sich nicht erwählen, noch weniger dekretieren lässt. Es muß entstehen, und zwar durch die Geschichte, die bekanntlich ein an Faktoren unüberbietbarer Multifaktor (ein arbeitender Tausendsassa) ist; freilich auch ein Tragöde und Dramaturg, weil oft erst durch Katastrophen und „letzte Wege und Versuche“, das Neue – hier die „europäische Identität“ – kann ergriffen werden; und es wird nur ergriffen, wenn es ergriffen werden muß, wenn sich alle Alternativen als Scheinalternativen entpuppt haben.

Ewig denkwürdig daher die ultimative Katastrophe von Demokratie: daß durch deren Prozedurweisen, die bekanntlich demokratisch sind, dennoch die Demokratie abgeschafft wird: 1933. – Und natürlich ist es völlig verfehlt zu glauben, durch Referenden ohne Ende würde eine „Europabürgerschaft“, würde der neue Geist einer neuen Identität, herbeigeführt werden können.]

Woher kommt dieser Mangel? Zunächst, weil die bestehenden Institutionen noch ungenügend sind. [Worin sind sie „ungenügend“? Ein Satz, der seine Tautologie kaum verhüllt. Institutionen sind noch keine wirklichen, wenn sie nicht dazu dienen, Identität mit ihnen zu ermöglichen und auszuleben. Aber erstens erhebt sich die Frage nach der Legitimität der Institutionen und damit nach der Berechtigung jener historischen Genese von EU, die nicht Objekt von wählenden Subjekten sein konnte, nicht durch Wahl zustande gekommen war. Und zweitens wissen wir nicht, wie das „Ungenügende“ soll überwunden werden. Durch Referenden offensichtlich kaum, obwohl sogar diese eine gewisse positive Rolle spielen können, vor allem dann, wenn sie „wiederholbar“ gemacht werden.

Offensichtlich liegt ein Zirkel vor: Identifikation (mit der EU) entsteht nur durch starke Institutionen (und deren starkes Führungspersonal); aber zugleich entstehen, so scheint es, starke Institutionen nur durch starke Identifikationen und Identitäten. „Logisch“ gesehen, kann niemals werden, was jetzt nicht ist, weil beide Faktoren (die Institutionen) und die Bürger, eben schwach und ungenügend, unzufrieden und unwillig sind. Aber ist dieses „Sein“ ein wirklich stationärer Zustand? Mitnichten. Nur in Gefahren und Problemen können Institutionen und deren Personal jene Kraft entwickeln, jene Qualität erwerben, die es nötig und möglich macht, daß sich Mehrheiten mit ihnen identifizieren.]

Jean Monnet hat die Formel gebraucht: „Nichts wird geschaffen ohne die Schöpfer, nichts hat Dauer ohne die Institutionen.“ [Wieder erscheint die kaum verhüllte Tautologie: Subjekt und Objekt sind untrennbar verflochten, einander erzeugend, der Schöpfer wird durch das Geschaffene zum Schöpfer, die Institution nur durch deren „Dauer“, worin sich verbirgt: nur durch deren „Veränderung“. Wie aber soll diese zustande kommen, wenn die beiden Faktoren „dasselbe“ sind. Die Wahrheit ist: daß sie, obgleich dasselbe seiend, doch auch unterschieden sind; und dieses „Differential“ benützt der Inhalt (der Begriff eines Vereinigten Europas) als Mittel, um sich als Zweck zu realisieren.]

Es rächt sich, dass wir ständig betrogen wurden. „Keine Erweiterung ohne vorherige institutionelle Vertiefung.“ Dann: „Es wird zugleich erweitert und vertieft.“ Schließlich kamen die Erweiterungen ohne die Vertiefung. [Im Zirkel von Erweiterung und Vertiefung kehrt die Problematik wieder: würde man in der Tat darauf warten, „Vertiefung“ ausreichend – doch wer entscheidet anhand welcher Kriterien darüber, ob ausreichend vertieft wurde? – hergestellt zu haben, ehe man zur nächsten Erweiterung käme, kämen Erweiterungen wohl nie zustande. Die „Vertiefung“ träumt von einer Machtpositionierung, die außer Acht lässt, daß auch das Versprechen der EU, die ehemaligen Länder des Ostblocks, und dazu gehören auch die des Balkans, nicht abzuweisen, zur Ursprungstiefe der EU gehört. Daher das richtige Argument: warum sollen die Kroaten für die Engstirnigkeit der Iren büßen?]

Zudem wissen die Bürger noch nicht einmal, was bereits besteht. Wer einem Amerikaner aus Ohio oder Oklahoma, einem Schweizer aus Uri oder Baselland erklärt, was die Union an gemeinsamen Gesetzen, Regeln und Einrichtungen hat, erntet die entsetzte Reaktion: „Wenn wir das in den USA oder in der Schweiz hätten, wäre das das Ende unseres schönen Föderalismus!“ [Wer legt die Mindestgrenzen dieses Wissens an politischer Weisheit fest? Natürlich ist es eine Geburts- und Kinderkrankheit, wenn das Neue versucht, durch Überregulierung alles bis ins Detail regeln zu wollen; aber andererseits wird stets auch beklagt, daß die unregelmäßigen Unterschiede, die nicht harmonisierten (nationalen) Gesetze usf. etwa die Bekämpfung des (stets internationaler werdenden) Verbrechens und die Regulierung des globalen Finanz- und Bankenwesens behindern.]

Die Union ist sui generis, etwa in der gemeinsamen Außenpolitik und der gemeinsamen Verteidigung, noch nicht einmal konföderal, und auf manchen Gebieten schon mehr als föderal. [Eben dies ist ein Sachproblem: es gibt so viele Ebenen dieser einen Sache (EU-Werdung), daß darüber abstimmen lassen, die Sache kollabieren ließe, schon aus Gründen der Zeit und des Geldes: es gäbe jede Woche eine Wahl, somit permanenten Wahlkampf. Eben dies ließe sich der Souverän auf Dauer gar nicht gefallen. „Wozu haben wir denn unsere Politiker gewählt...“]

Aber wer weiß schon von der schöpferischen Rolle des Luxemburger Gerichtshofs, der unter anderem seit mehr als vier Jahrzehnten ein gemeinsames Sozialrecht schafft? Wobei sich Großbritannien viel leichter, viel schneller dessen Entscheidungen unterwirft als Deutschland oder Frankreich. Die Briten setzen zudem auch die Brüsseler Richtlinien zuverlässiger in nationales Recht um. [Also geschieht in Permanenz, was im Zirkel unmöglich erscheint: die Institutionen bilden sich, und die Wirkungen derselben auf die Bürger wirken wieder auf die Institutionen zurück. In dieser Wechselwirkung vollbringt sich die Selbstveränderung und Selbstentwicklung der Sache, realisiert sich der Vernunftbegriff EU, -

eine Idee entsteht, obwohl sie schon besteht, und sie besteht, obwohl sie erst entsteht.]

Regierungen, Parteien und Medien spielen in Deutschland und noch stärker in Frankreich auf der Anti-EU-Klaviatur. Das Halbjahr der Präsidentschaft von Angela Merkel war eine schöne Ausnahme, da die Kanzlerin alles tat, um auch die Zivilgesellschaft für Europa zu mobilisieren. Ansonsten läuft in Berlin, noch mehr in Paris, das unschöne Spiel: „Im Rat, wo die Macht ist, stimme ich einer Vorlage zu. Sobald sie zur von der Kommission durchzuführenden Richtlinie geworden ist, protestiere ich vehement gegen die bösen Kommissare!“ Alles Gute kommt aus der nationalen Hauptstadt, alles Böse aus Brüssel. [Innenpolitik als Zweck; Außenpolitik („gegen Brüssel“) als Mittel; aber in Brüssel selbst: das umgekehrte Treiben. Ein Zeichen, daß der Embryo der Idee wächst, wenn auch langsam, obwohl das Kriterium für langsam und rasch auch nur ein relatives sein kann. In Wirklichkeit geht die Vereinigung wohl rascher voran als einst die der Vereinigten Staaten von Amerika.]

Das Parlament ist keineswegs mehr die machtlose Institution, die es einmal war. Es wirkt tatsächlich mit. Aber welche Partei räumt ihren Europaabgeordneten wichtige Plätze in den eigenen Reihen ein? Ein paar wenige (im allgemeinen deutsche) Namen sind bekannt. [Wieder dieselbe Dialektik, nun auf der Ebene der Parlamentsbildung: eine zentrale Institution für jede Demokratie. Würde jene scheitern, wäre auch diese gescheitert, und eine nicht-demokratische EU hätte wohl kaum Chancen auf Bestand. Insofern gibt es nur diese Alternative, entweder es gelingt, den Weg der USA zu gehen, oder man muß den Weg in irgendeine Art von Autarkie gehen. Nicht zufällig reden die ärgsten Demagogen daher von der „Brüsseler Diktatur,“ oft dieselben, die Putin und die Seinen für Demokraten halten.]

Zeitungen und Fernsehen klären kaum über Europa auf. Es wird stets genörgelt, selbst Intellektuelle wie Habermas wiederholen die immergleichen Bürokratie- und Technokratievorwürfe. [Wie hätte diese „Aufklärung“ auszusehen? Und der berühmte „Vierte Stand“, der Journalismus: warum versagt er? Oder ist dies gar nicht der Fall? Wird auch von Grosser vielleicht nur krankgeredet? – Das Problem ist, daß Wissen allein nicht hilft, Subjekte mit ihrer Institution zu vereinen; mehr noch ist Liebe und Achtung, Stolz und Vertrauen, Mut und Opferwille gefragt, wenn es darum geht, ein neues Ganzes in der Weltgeschichte „aus der Taufe zu heben.“

Die gewöhnlichen Erinnerungen daran, daß die EU ein Friedensprojekt sei, das erstmals in der Geschichte Europas eine Ära des Friedens erhalten konnte und weiterhin erhalten möchte, genügen daher keineswegs. Nicht nur, daß sie unterschlagen, wie es dazu gekommen, auch die Tatsache,

daß es aktiver Tugenden bedarf, um die neue Identität und Identifikation zu erlangen, ist evident.]

Dabei gibt es weniger Beamte in Brüssel als in Hamburg – wenn man nicht die Dolmetscher einberechnet. Und man vergisst, dass die Kommission an die Zukunft denken darf, weil für sie keine Wahl bevorsteht. Die Söhne der Fischer, die noch keine Wähler sind, sollen auch noch Fisch vorfinden. Das bedingt jene Einschränkungen, gegen die die Regierungen in Paris, Madrid, Athen ständig protestieren. [Gerade Wahlen in Permanenz würden jede vernünftige „Vertiefung“ und Erweiterung verunmöglichen.]

Die Europa-Enttäuschung hat noch zwei weitere Gründe. Zum einen stoßen sich in Deutschland wie in Frankreich und Großbritannien mehr und mehr Menschen an dem wachsenden Gefälle zwischen denen „ganz oben“ und allen anderen. Wer kann uns gegen den Weltfinanzkapitalismus einigermaßen schützen? Vielleicht der Staat. An Europa denkt niemand. [Und wie könnte Europa dies tun? Etwa durch Einrichtung eines EU-Finanzministeriums?]

Zum anderen sorgen „die Neuen“ für Unmut. 2004 konnte die Formel von Robert Schuman gelten, die er 1963, kurz vor seinem Tod, verwendet hat: „Wir wollen die Einheit des freien Europas nicht nur für uns, sondern für die heute Unterjochten, die, sobald sie dem Joch entkommen sein werden, den Beitritt und unsere moralische Unterstützung suchen werden.“ Wer heute von den vielen Nachfolgestaaten Jugoslawiens spricht, muss die Aufnahme in die Gemeinschaft rechtfertigen. Noch mehr gilt dies für die Aufnahme der Türkei. Entscheidend statt der Frage „Was bringt es ihnen?“ ist die Forderung, die neu Aufgenommenen sollten nicht die Etablierten in ihrem Weg der europäischen Einigung behindern. [Dies ist verschwommen formuliert und typisch für die ungewisse Mentalität der embryonalen Europäer. Zum einen kann das Versprechen Schumans, das neue Europa müsse unbedingt auch für die von Moskau Unterjochten eine neue Heimat der Freiheit werden, nicht gebrochen werden, es wäre Verrat an einer der tiefsten „Vertiefungen“ des Europa-Gedankens; zum anderen ist die Integration der Türkei eine Schlüsselfrage des künftigen Europa.

Wer aber, wie Grosser, nur daran zu denken scheint, ob diese Integration die „Etablierten“ behindern könnte, also die „Kernländer“ und Schon-Mitglieder, der hat nicht den moralischen Auftrag Europas begriffen, den Säkularisierungsprozeß, den die Türkei mit Atatürk revolutionär eingeleitet, evolutionär vollenden zu sollen. Ohne die Integration der Türkei in die EU wird es eine EU auf Dauer nicht geben, könnte man zugespißt formulieren.]

Bleibt die Notwendigkeit, dem vereinten Europa eine gemeinsame moralische Grundlage zu geben. [Diese ist an sich schon da, schon in den Verfassungstexten formuliert und festgeschrieben. Aber durch Taten wird die „moralische Grundlage“ erst wirkliche, handelnde Moralität.]

Das meint nicht den Streitpunkt „Mit oder ohne Gott?“. Die Texte dazu sind zahlreich genug: von der Menschenrechtserklärung der Uno über die Charta, die die Richter des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in ihren Urteilen anwenden, bis zu den ersten Artikeln des deutschen Grundgesetzes. [Und mehr an „moralischen Grundlagen“, gemeint sind legalistische Inhalte, sogenannte ethische Grundsätze, nicht eigentlich die Sphäre der Moralität, ist nicht nötig. – Aber die Gottesfrage wird die EU früher und später doch wieder einholen, vor ihr gibt es kein Entlaufen. Ein streng laizistisches Europa wäre doch wieder „nur“ Heimat vieler Religionen und Atheisten. Und diese müssen und sollen über ihre „moralischen Grundlagen“ mehr als nur Gespräche führen.]

Was fehlt, ist die Überzeugung, dass wir nach innen und nach außen beispielgebend sein sollen, dass wir zeigen sollten, wie wir die Wertegemeinsamkeit in Wort und Tat umsetzen. Ob es sich nun um Kritik an „Wertgenossen“ handelt (Guantanamo, Gaza) oder um Verhalten unserer eigenen Regierungen und Behörden (Asylbewerbungen, Haftbedingungen, Polizeiverhalten, Korruption von an sich Hochangesehenen ...) – sind wir da weit entfernt vom irischen Nein? Nur scheinbar. Anstatt die Entsolidarisierung der Union voranzutreiben, sollten wir uns auf die verbindende moralische Basis besinnen. [Auch hier wieder die alteuropäische Vorurteile: der Besserwisser aus Europa möchte dem großen Bruder überm Teich mores lehren; und dazu auch noch dem kleinen Bruder in Israel. Dies ist nicht Vorbild zeigen und beispielgebend wirken, sondern das Gegenteil. Daher auch die Verwirrung der Realitäten: plötzlich wären alle Europäer Iren... Wer zur gemeinsamen Besinnung auf gemeinsame Werte aufruft, indem er zugleich den „Wertgenossen“ USA beklagt und gar bekämpft, ist auf einem Holzweg der Geschichte unterwegs. Er theoretisiert nur, er handelt noch nicht seinem Ideal gemäß, weil er noch nicht handeln muß. Aber kommt Zeit, kommt auch Verpflichtung...]

Textvorlage: Rheinischer Merkur, 10. Juli 2008

Kommentartext: September 2008